

Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeitzeile (Masse 5 Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelandt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörnborn, Breetz, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. G. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 26

Dienstag, den 31. Januar 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Im mecklenburgischen Kreise Neu-Kalon gaben zum Schluß einer Protokollversammlung etwa 100 Landwirte aller Besitzgrößen die einstimmige Erklärung ab, daß sie sich angesichts ihrer wirtschaftlichen Notlage außerstande sehen, noch weitere Landessteuern zu zahlen.

Im Zusammenhang mit dem Streik bei den Anhaltischen Metallfabriken sind gestern auch die Junkerwerke stillgelegt worden. Damit ruht jetzt in sämtlichen Anhaltischen Metallfabriken die Arbeit. Die Zahl der Streikenden in Dessau beträgt nunmehr 6000, die der Streikenden in ganz Anhalt 10000.

In Verbindung mit dem Millionenbetrug des Berliner Lombardhauses wurde ein Staatsanwaltschaftsrat vom Amte suspendiert. Am Sonntag fand in Bamberg der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Franken statt. Im Verlauf der Tagung wurde unter anderen Kandidaten für die Reichstagswahlen wieder Hermann Müller aufgestellt.

Die Telefonverbindung zwischen Holland und Amerika wurde gestern durch eine Ansprache zwischen dem holländischen Außenminister und Staatssekretär Kellogg eröffnet.

Das amerikanische Marineministerium teilt mit, daß das U-Boot S 3, ein Schwesterschiff des vor einiger Zeit gesunkenen S 4, am Sonnabend südlich von Halifax (Virginia) verschwunden ist. Man vermutet, daß das U-Boot während eines schweren Sturmes, der am Sonnabend auf Halifax wüthete, gesunken ist. S 3 befand sich auf dem Wege zu den Wintermandövern bei Kuba. Bei dem Eisenbahnunglück in Rangoon wurden 100 Personen getötet.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz (Zubiläum). Die hiesige Schuhmachersinnung blüht im Laufe dieses Jahres auf ein 460-jähriges Bestehen zurück und begeht die Gründungsfeier am 12. Februar im Fremdenhof „Grauer Wolf“ in würdiger, einfacher Weise. Einladungen sind bereits ergangen und hofft die Innung auf zahlreiche Beteiligung.

— (Französische Kriegsgefangenen-Guthaben.) Die Landesregierung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Berlin W 8, teilt uns folgendes mit: Im Gegensatz zu England, das im vergangenen Jahre mit der Auszahlung der Guthaben der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen begonnen hat, waren von Seiten Frankreichs einer entsprechenden Regelung der Guthabenfrage immer noch Schwierigkeiten gemacht worden. Nach den uns Mitte vorigen Jahres zuteil gewordenen amtlichen Informationen hat die französische Regierung bei den früheren abschließenden Verhandlungen über diese Frage eine Überweisung der Guthabenbeträge bis zum Ende des Jahres 1927 zugesagt. Auf eine Anfrage an die für diese Fragen zuständige, dem Finanzministerium unterstehende Restverwaltung für Reichsaufgaben, wird uns mitgeteilt, daß die Restverwaltung immer noch nicht über die Guthabenbeträge verfüge, so daß diesbezügliche Anträge vorläufig zwecklos seien. Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener hat daraufhin eine Anfrage an das Reichsfinanzministerium und das Auswärtige Amt gerichtet, in welchem sie wertlose Aufklärung darüber verlangt, ob die französische Regierung sich entgegen der seinerzeit gegebenen Zusage ihren Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen zu entziehen versucht oder welche anderen Gründe für die abermalige Verzögerung in der Auszahlung der französischen Guthaben maßgebend seien. — Die hiesige Ortsgruppe der Reichsvereinigung ist zu näherer Auskunft jederzeit bereit. Vorf. Johannes Große, Hauptstraße 22.

— (Wissen Stejschan.) daß seit 1926 über ganz Deutschland hinweg eine starke Propaganda für deutsche Milch und deren Erzeugnisse betrieben wird? — daß in Sachsen unter Führung des Sächs. Wirtschaftsministeriums im Mai 1926 der Sächs. Landesmilchgenossenschaft in Dresden als eintragungsfähiger Verein gegründet worden ist? — daß die Hauptziele der vom Sächs. Landesmilchgenossenschaft betriebenen Milchpropaganda folgende sind: Die Hebung des Verbrauches an deutscher Milch und deutschen Milchprodukten, Qualitätssteigerung, Volkskühlung und Verbilligung der Milch und Vermehrung der Gelegenheiten zum Bezuge und Verzehr von Milch und deren Erzeugnissen? — daß der Sächs. Landesmilchgenossenschaft als wirtschaftlich politisch völlig neutraler Verein allen Schichten des sächsischen Volkes gleichmäßig dient und im Interesse der Volksernährung, Volksgesundheit und Volkswirtschaft nur für gemeinnützige Zwecke arbeitet? — daß die Milch- und Milchprodukte für die Volksernährung von größter, fast ausschlaggebender Bedeutung für die Verbesserung der Ernährung des deutschen Volkes geradezu entscheidend sind? — daß die Milch alle Baustoffe enthält, die der menschliche Körper vom ersten Tage des Säuglings an bis in das hohe Greisenalter zum Aufbau und zur Erhaltung gebraucht in bester Beschaffenheit, in genügenden Mengen

„Stirbt der Bauer, so stirbt die Nation“

Der 8. Reichs-Landbundtag in Berlin

Aufruf des Reichs-Landbundes — Zentrum fordert baldige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes — Die Volkspartei und das Reichsschulgesetz — Die sächsische Regierung zu den Forderungen der Landwirtschaft — Stresemann vor dem Reichstag — Die Berliner Presse zur Stresemann-Rede — Reichswirtschaftsminister Curtius über den Schutz des Handwerks

„Stirbt der Bauer, so stirbt die Nation“

Das ungefähr gibt den Inhalt des 8. Reichs-Landbundtages wieder, der am Montag in der Reichshauptstadt zu einer machtvollen Kundgebung der Landwirtschaft wurde. Die äußerste Not hat das Landvolk in die Reichshauptstadt getrieben, wo alle die, die um ihre Existenz kämpfen, von ihren Führern hören wollten, wie der Not zu steuern ist, und wie man sich die Erhaltung des deutschen Nährlandes denkt. Die Tagung wurde zu einer gewaltigen Heerschau, Tausende hatten sich lange vor Beginn im Zirkus Busch und dem „Großen Schauspielhaus“ zusammengefunden. Bis in den letzten Winkel waren die beiden Nierenräume besetzt.

Nach dem Aufmarsch der Fahnenabteilungen der bäuerlichen Organisationen des Landbundes, der Reitervereine und der Jungmannen und dem Fanfarenmarsch eröffnete der Präsident des Reichs-Landbundes, Graf von Kalkreuth, die Versammlung im Zirkus Busch. Der stellvertretende Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes, Bauerngutbesitzer Bethge, begann seine Rede mit einer Kritik an der Einstellung des preussischen Landwirtschaftsministers gegenüber der Not der Landwirtschaft, da der Minister nur eine stellenweise bestehende Not der Landwirtschaft gebe. Es bestehe aber die Not aller Landwirte, und die Folge sei, daß die Landarbeiter familienweise in die Großstadt zögen, um dort der Erwerbslosenunterstützung zur Last zu fallen.

Reichs-ernährungsminister Schiele.

Überbrachte die Grüße des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und betonte in seiner Rede, daß es jetzt um Sein oder Nichtsein der Landwirtschaft gehe. Die Verschuldungsmöglichkeit habe ihren Höhepunkt erreicht. Durch die bisher gewährten Mittel und Maßnahmen könnten die Gefahren für die Landwirtschaft nicht gebannt werden. Eine entscheidende Wendung könne nur dadurch herbeigeführt werden, daß eine Politik, die auf allen Gebieten planmäßig und zielbewußt auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hinwirke, einsetze. Das Wichtigste bleibe die Stärkung der handelspolitischen Stellung der Landwirtschaft, die Befestigung einer Nahrungsmittelfuhr in dem bisherigen Maße. Wo der Bauer nutzlos geworden sei, da gäbe es auch kein geordnetes Staatsleben mehr.

Die Auffassung des Reichs-Landbundes über die Lage der Landwirtschaft und seine Auffassung über die Lebensnotwendigkeiten sprach der

Präsident des Reichslandbundes, Hepp,

aus. Er erklärte, daß das Landvolk seine Rechte verflümmert sehe, und daß bei den heutigen Schuldverhältnissen in der Landwirtschaft jede wirkliche Rationalisierung unmöglich sei, so lange nicht greifbare Maßnahmen der Umgestaltung bei gleichzeitiger Einsparung durchgeführt würden. Unter stürmischem Beifall vertündete Präsident Hepp das

Sofortprogramm des Reichs-Landbundes,

u. a. folgende Forderungen enthält:
Übernahme der Rentenbankschulden durch das Reich, Befestigung der Grundsteuern der Länder, Sperrung der Grenzen gegen Einfuhr von Geflügel und sonstigen Fleischprodukten, gegen Vieh und Viehprodukte aller Art.

Auch Präsident Hepp wandte sich gegen den preussischen Landwirtschaftsminister Dr. Steiger, der eine gewisse Landwirtschaftseindlichkeit erkennen lasse. Besonders ging Hepp auf die Arbeiterfrage auf dem Lande ein, die zugleich eine Lohnfrage sei. Die Landwirtschaft müsse verlangen, daß sie ihren Arbeitern einen Lohn zahlen könne, der dem in der Industrie für gleich schwere Arbeit gezahltem Lohn entspreche.

Nach der Rede des Präsidenten Hepp forderte ein märkischer Bauer unter stürmischem Beifall der Versammlung, daß eine Bauernabordnung dem preussischen Landwirtschaftsminister folge, die das Sofortprogramm des Landbundes überbringe.

Nachdem der österreichische Bizekanzler Hartleb die Grüße des österreichischen Landbundes überbracht hatte, nahm

Präsident Graf Kalkreuth

das Schlusswort. Er wies darauf hin, daß die Landwirtschaft in den letzten vier Jahren ein Drittel ihres Vermögens einfach verloren habe. Heute habe sie sich zwangsläufig zu einer milden Stützung entwickelt, die Volkswirtschaften unter Hergabe bedeutender Zuschüsse vor-

nehme. Damit aber sei es jetzt zu Ende. Entweder helfe die Regierung, oder die Landwirtschaft werde selbst diese Rolle aufgeben. Der Landwirt brauche Zollschutz, und die auf Kosten der Landwirtschaft geschlossenen Handelsverträge müssen geändert werden. Gelänge es nicht, die Landwirtschaft wieder zu einem rentabel arbeitenden Wirtschaftsfaktor zu machen, so sei sie zur extensiven Wirtschaft gezwungen.

Auch auf einer Parallelversammlung im „Großen Schauspielhaus“ sprach noch einmal Reichs-ernährungsminister Schiele und für den Brandenburgischen Landbund Nittergutsbesitzer Nicolas-Rostin und als Vertreter des auslanddeutschen Landvolkes der Abgeordnete Meyer-Egger.

Aufruf des Reichslandbundes.

Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes beschloß einstimmig einen Aufruf, in dem es heißt:
„Deutsches Bauerntum war seit jeher die Quelle der Erneuerung des Volkes. Der deutsche Bauer erhielt mit seinen Kindern den Städten das Leben, des deutschen Bauern Grund und Boden rettete das deutsche Volk durch die Rentenmark. Jetzt ist der deutsche Bauer am Ende seiner Kraft. Er arbeitet mit Frau und Kind seinen Gläubigern hohen Zins, während die Bauernfamilie das Elend packt. Jahr um Jahr hat der Landbund gewarnt, gemahnt, Anträge gestellt und Forderungen erhoben. Regierung und Parlamente haben nicht auf ihn gehört, mit halben Mitteln hat man das Elend verlängert, ein Teil der Bauern ist bereits vernichtet, ein anderer wird es morgen sein. Noch einmal haben wir jetzt den Regierungen ein Programm in die Hand gegeben, das die Lage wenden kann. Wir fordern darin:

Beseitigung aller Lasten, die das Landvolk den anderen Berufsgruppen vorauszutragen hat; Umschuldung des landwirtschaftlichen Kredites auf tragbare Zinssätze; Schaffung auskömmlicher Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, Verhinderung aller Einfuhr, deren das deutsche Volk nicht unbedingt zum Leben bedarf; Schaffung der Möglichkeit, Löhne zu zahlen, die die Landflucht eindämmen; Umgestaltung des gesamten Sozialrechtes in einer Weise, die der Landarbeit wieder ihren Wert gibt.

Stirbt der deutsche Bauer, dann stirbt die Nation. In die deutschen Bauern aber geht unser Ruf: Kauft nichts, was ihr nicht bar bezahlen könnt. Nehmt keinen Pfennig neue Schulden auf. Steuerzahlung aus der Substanz lehnen wir ab. Rettet ihr euch, so rettet ihr das Vaterland!“

Zentrum fordert baldige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes.

Berlin. Der Reichsausschuß der Zentrumspar-tei nahm in einer Entschließung zur politischen Lage Stellung. Das Fundament der Deutschen Zentrumspartei sei von jeher der soziale Gedanke gewesen. Das Zentrum sei eine christliche und eine soziale Partei. Früher als in der deutschen Republik habe das Zentrum die deutsche Sozialpolitik führend beeinflusst.

Die Unproduktion in Industrie und Landwirtschaft bedürfe in Rücksicht auf unsere schwierige Lage in der Weltwirtschaft einer besonderen planmäßigen Förderung. Durch sparsame Finanzwirtschaft und beschleunigte Verwaltungsreform müsse namentlich für den Mittelstand in Handwerk, Handel und Gewerbe sowie für die Landwirtschaft eine Entlastung von den drückenden Steuern und Abgaben herbeigeführt werden.

Gesetzgeberische Maßnahmen allein genügten nicht. Sie bedürften einer Ergänzung durch eine Verwaltung, die sich nicht bloß an vorhandenen Gesetzen, sondern am lebendigen Verständnis und am Mitgefühl für die Volksnöte orientiert. Gesetzgebung und Verwaltung können ihre vollen Früchte nur bringen, wenn verständnisvolles Mitwirken und Zusammenwirken aller Volksschichten im Lande sie tragen. Kästengeist und Klassenvorurteil fänden in der Deutschen Zentrumspartei keine Heimatstatt.

Der Reichsparteiausschuß erwarte von der Fraktion des Reichstages, daß sie sich für die baldige Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes, das unseren kulturpolitischen Grundsätzen entspricht, mit aller Kraft einsetzt. Der Reichsparteiausschuß spricht dann der Gesamt-